

Schweiz

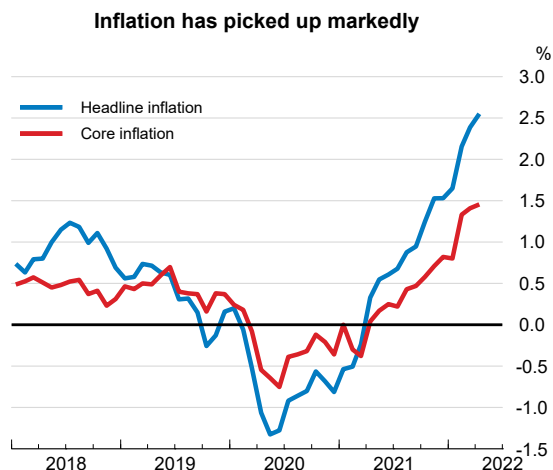
Das BIP wird den Projektionen zufolge 2022 um 2,5 % und 2023 um 1,3 % steigen. Der Krieg in der Ukraine führt zu einer Nachfrageabschwächung, was das Export- und Investitionswachstum bremsen dürfte. Die sich weiter verbessernde Arbeitsmarktlage dürfte zusammen mit einer Verringerung der hohen Sparquote den Verbrauch stärken. Steigende Preise für Energie und von Lieferengpässen betroffene Waren lasten auf dem Wachstum und bewirken, dass die Gesamtinflation 2022 über den Zielkorridor der Schweizerischen Nationalbank auf voraussichtlich 2,5 % ansteigt. 2023 dürfte sie dann wieder auf 1,8 % sinken.

Der geldpolitische Kurs ist angemessen, da die langfristigen Inflationserwartungen verankert bleiben und der Schweizer Franken als sicherer Hafen durch Kapitalzuflüsse gestützt wird. Die verstärkten makroprudenziellen Maßnahmen sollten fortgeführt werden. Auch die Haushaltskonsolidierung sollte sich fortsetzen, allerdings sind gezielte Maßnahmen nötig, um den Flüchtlingszustrom zu bewältigen. Die Struktur-reformen sollten beschleunigt werden, um die Arbeitsmarktintegration zu fördern, Wettbewerbshindernisse zu beseitigen, für mehr ökologische Nachhaltigkeit zu sorgen und die Energieversorgungssicherheit zu verbessern.

Das Wachstum verlangsamt sich

Im dritten Quartal 2021 lag das reale BIP wieder über dem Vorkrisenniveau. Das Wachstum setzte sich seitdem fort, aber nicht mehr mit dem gleichen Tempo. Im April trübte sich das Konsumklima spürbar ein, der Einkaufsmanagerindex des Verarbeitenden Gewerbes bewegt sich aber immer noch auf hohem Niveau und auch die Kapazitätsauslastung ist stark. Die Arbeitsmarktlage verbessert sich weiter. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, während die Zahl der offenen Stellen steigt. Nach mehr als zehn Jahren niedriger Inflationsraten kletterte die Gesamtinflation im April 2022 auf 2,5 %. Ausschlaggebend dafür waren vor allem höhere Preise für Energie und von Lieferengpässen betroffene importierte Waren. Die Kerninflation stieg im April ebenfalls auf 1,5 %. Bei den Dienstleistungen verlangsamt sich die Teuerung indessen auf 1,2 %. Die mittelfristigen Inflationserwartungen liegen bei rd. 1,6 %, d. h. innerhalb des Zielkorridors der Schweizerischen Nationalbank.

Switzerland



1. GDP adjusted for the effects of major international sporting events as such events can have a sizable impact on Swiss GDP but do not occur every year complicating business cycle analysis.

Source: Secrétariat d'État à l'économie (SECO); and Refinitiv.

StatLink  <https://stat.link/gnxu1w>

Switzerland: Demand, output and prices

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Current prices CHF billion	Percentage changes, volume (2015 prices)				
Switzerland						
GDP at market prices	719.7	1.2	-2.5	3.7	2.5	1.3
Private consumption	372.2	1.4	-3.7	2.6	3.1	0.8
Government consumption	79.9	0.7	3.5	4.0	2.7	0.8
Gross fixed capital formation	184.0	0.6	-1.7	3.4	0.2	1.1
Final domestic demand	636.1	1.0	-2.3	3.0	2.2	0.9
Stockbuilding ¹	- 6.0	0.7	1.3	-3.8	0.7	0.0
Total domestic demand	630.1	1.9	-0.8	-1.2	3.0	0.9
Exports of goods and services	476.6	-0.8	-6.4	12.8	6.0	2.0
Imports of goods and services	387.0	-0.2	-4.4	5.8	7.7	1.6
Net exports ¹	89.6	-0.4	-1.8	4.9	-0.1	0.6
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	-0.1	-0.5	1.4	2.4	1.4
Consumer price index	–	0.4	-0.7	0.6	2.5	1.8
Core inflation index ²	–	0.4	-0.3	0.3	1.7	1.2
Unemployment rate (% of labour force)	–	4.4	4.8	5.1	4.7	4.6
Household saving ratio, net (% of disposable income)	–	17.4	23.1	21.5	18.7	17.9
General government financial balance (% of GDP)	–	1.3	-2.8	-0.8	0.4	1.2
General government gross debt (% of GDP)	–	39.5	43.1	40.7	41.2	40.6
Current account balance (% of GDP)	–	5.4	2.8	9.3	7.1	7.2

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Consumer price index excluding food and energy.

Source: OECD Economic Outlook 111 database.

StatLink  <https://stat.link/yp7lqo>

Die Schweiz hat wenig direkte wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und zur Ukraine, ihre Wirtschaft leidet jedoch unter dem weltweit geringeren Wachstum und der Unsicherheit. Dies führte zu einer Aufwertung des Schweizer Franken. 15 % des Endenergieverbrauchs der Schweiz werden durch Erdgasimporte gedeckt. Um die Versorgung im kommenden Jahr zu sichern, hat der Bundesrat Vorbereitungen getroffen, damit die Gasbranche rasch zusätzliche Erdgas- und Flüssiggasmengen sowie Speicherkapazitäten beschaffen kann. Ungefähr 51 000 Geflüchtete aus der Ukraine (was 0,6 % der Schweizer Bevölkerung entspricht) sind seit Beginn des Kriegs in der Schweiz eingetroffen. Die Schweiz hat für sie einen besonderen Schutzstatus aktiviert, der ihnen Zugang zu Unterkünften, Sozialleistungen und medizinischer Versorgung ermöglicht.

Die Geldpolitik ist weiterhin akkommodierend, die Fiskalpolitik wird hingegen restriktiver

Die Schweizerische Nationalbank teilte in ihrer Lagebeurteilung vom März 2022 mit, die Leitzinsen unverändert bei -0,75 % zu belassen und bei Bedarf weiterhin am Devisenmarkt zu intervenieren, um einer unerwünschten Aufwertung des Franken entgegenzuwirken. Da die Kerninflation im Zielkorridor liegt und der Franken unter Aufwertungsdruck steht, wird in den Projektionen von unveränderten Leitzinsen ausgegangen. Die Schweizerische Nationalbank sollte die Inflationsaussichten allerdings genau beobachten und gegebenenfalls eine Normalisierung der Zinssätze einleiten. Aufgrund der starken Dynamik des Immobilienmarkts hat der Bundesrat den antizyklischen Kapitalpuffer reaktiviert: Die Banken müssen ab Ende September 2022 zusätzliche Eigenmittel in Höhe von 2,5 % der risikogewichteten Positionen halten, die mit einer inländischen Wohnliegenschaft grundpfandgesichert sind. Die

Coronahilfen wurden angesichts der sich verbessernden Gesundheits- und Wirtschaftslage weiter zurückgefahren. Über den Projektionszeitraum wird mit einem Haushaltsüberschuss gerechnet, der 2023 auf 1,2 % des BIP steigen dürfte.

Der Krieg beeinträchtigt die Wachstumsaussichten

Das reale BIP-Wachstum wird sich den Projektionen zufolge 2022 auf 2,5 % und 2023 auf 1,3 % abschwächen. Grund dafür sind die sich verlangsamende Binnennachfrage und die negativen Auswirkungen des Ukrainekriegs auf das weltweite Wachstum. Das Wachstum der Exporte des Verarbeitenden Gewerbes wird voraussichtlich zurückgehen, dürfte über den Projektionszeitraum aber positiv bleiben. In Kombination mit niedrigen Kapitalkosten dürfte dies zu einem Investitionsanstieg führen. Eine allmähliche Abnahme der hohen Sparquote der privaten Haushalte dürfte den privaten Verbrauch in den nächsten zwei Jahren stärken. Höhere Energiepreise und Lieferengpässe wirken als Wachstumsbremse und werden die Gesamtinflation den Projektionen zufolge 2022 auf 2,5 % steigen lassen. 2023 dürfte sie dann bei 1,8 % liegen, innerhalb des Zielkorridors der Zentralbank. Sollten die Störungen der globalen Lieferketten länger anhalten, könnte die Inflation jedoch deutlicher ansteigen und die Wirtschaftstätigkeit niedriger ausfallen.

Die Fiskalpolitik sollte weiterhin ein inklusives Wachstum und die ökologische Wende fördern

Dank des großen fiskalischen Spielraums ist es möglich, von der Coronakrise besonders hart getroffene Personengruppen und Unternehmen weiterhin zu unterstützen. Angesichts der erheblichen Unsicherheitsfaktoren im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine sollte sich die Regierung bereithalten, die Flüchtlingsausgaben zu erhöhen, während die geplante Haushaltskonsolidierung fortgesetzt wird. Durch die Förderung der Arbeitsmarktintegration unterrepräsentierter Gruppen könnten Konjunkturerholung und Teilhabe gestärkt werden. Die an die Immobilienwirtschaft geknüpften Finanzmarktrisiken sollten genau beobachtet werden. Maßnahmen zur Steigerung der ökologischen Nachhaltigkeit von Verbrauch und Produktion könnten den Übergang zu einer emissionsneutralen Wirtschaft beschleunigen. Durch weitere Investitionen in erneuerbare Energien und Mobilität ließe sich die Abhängigkeit von den Gas- und Ölmärkten verringern und die Versorgungssicherheit erhöhen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/62d0ca31-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2022), "Schweiz", in *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/7a98e0df-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.